

## PLANZEICHENERKLÄRUNG Rechtsgrundlagen Par. 9 (1) 1 BauGB Par. 16 BauNVO MAR DER BAULICHEN NUTZUNG Grundflächenzahl, als Höchstmaß (z.B. 0,25) Zahl der Vollgeschosse, als Höchstmaß Firsthöhe, als Höchstmaß über Bezugspunkt Par. 9 (1) 2 BauGB Par. 22 und 23 BauNVO BAUWEISE, BAULINIEN, BAUGRENZEN Abweichende Bauweise Baugrenze und überbaubare Grundstücksflächen HAUPTVERSORGUNGS- UND HAUPTABWASSERLEITUNGEN Vermutlicher Verlauf von Leitungen, ERHALTUNG VON BÄUMEN, STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN Umgrenzung von Flächen mit Bindungen für Bepflanzungen, und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen / nachrichtliche Übernahme aus Erhaltungsgebot für Bäume Erhaltungsgebot für gesetzlich geschützte Bäume, nach § 18 NatSch AG M-V REGELUNG FÜR DIE STADTERHALTUNG UND FÜR DEN Bereich mit Bodendenkmalen, die dem Denkmalschutz unterliegen, eine Veränderung oder Beseitigung kann nur mit Genehmigung der zuständigen Denkmalschutzbehörde erfolgen. SONSTIGE PLANZEICHEN Mit Geh- Fahr- und Leitungsrechten zu belastende Flächen Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung, z.B. von Bau-gebieten, oder Abgrenzung des Maßes der Nutzung innerhalb eines Baugebietes Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 Kennzeichnung der Teilbereiche (TB1 und TB2) der 1. Änderung des B-Planes Nr. 18 der Stadt Ostseebad Rerik Grenze des räumlichen Geltungsbereiches der Satzung über den Bebauungsplan Nr. 18 der Stadt Ostseebad Rerik Höhenbezugspunkt, z.B. 12,60m ü. HN II. DARSTELLUNGEN OHNE NORMCHARAKTER Flurstücksgrenze, Flurstücksnummer vorhandener Zaun sonstige Einzelbäume/Hecke künftig entfallende Darstellung, z.B. Baum gesetzlich geschützter Baum nach § 19 NatSch AG M-V, außerhalb des Plangebietes in Aussicht genommene Grundstücksteilung

Mülibehältersammelplatz

Steildach / Flachdach

## SATZUNG DER STADT OSTSEEBAD RERIK ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANS NR. 18 FÜR DEN BEREICH "HAFFSTRAßE" EINFACHER BEBAUUNGSPLAN

EINFACHER BEBAUUNGSPLAN NACH § 30 Abs. 3 BauGB, IM VEREINFACHTEN VERFAHREN NACH §13 BauGB GEMÄSS PAR. 13 BAUGB I. VERB. MIT PAR. 10 BAUGB UND § 86 LBauO M-V

Aufgrund des § 13 i.V.m. § 10 des Baugesetzbuches (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBI. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 22. Juli 2011 (BGBI. I S. 1509), sowie nach der Baunutzungsverordnung (BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Januar 1990 (BGBI. I S. 132), geändert durch Artikel 3 des Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandgesetz vom 22. April 1993 (BGBI. I S. 466) sowie nach der Landesbauordnung Mecklenburg-Vorpommern (LBauO M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. April 2006 (GVOBI. M-V S. 102) zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 20. Mai 2011 (GVOBI. M-V S. 323), wird nach Beschlussfassung durch die Stadtvertretung der Stadt Ostseebad Rerik vom folgende Satzung über die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 für den Bereich "Haffstraße", bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) sowie den örtlichen Bauvorschriften über die äußere Gestaltung, erlassen.

## TEIL B - TEXT

BAUWEISE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

1 Ä

Für die Flächen innerhalb des Plangebietes gilt nur für die gesendert festgesetzten Bereiche die abweichende Bauweise. Für die abweichende Bauweise wird festgesetzt, dass-Baulängen über 50 m unzulässig sind. In der festgesetzten abweichenden Bauweise darf bisan die benachbarten Grundstückegrenzen heran gebaut werden.

Für die Flächen innerhalb des Plangebietes gilt die offene Bauweise.

ÜBERBAUBARE GRUNDSTÜCKSFLÄCHE (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Die überbaubare Grundstücksfläche wird durch die Festsetzung von Baugrenzen für die Hauptnutzungen bestimmt.

3. HÖHENLAGE (§ 9 Abs. 3 BauGB)

Als Bezugspunkt für Höhenangaben für die Bereiche der Neubebauung gilt die Höhe des Geländes für den jeweils betroffenen überbaubaren Grundstücksteil. Die entsprechenden Bezugspunkte sind auf der Planzeichnung für den überbaubaren Grundstücksteil festgesetzt.

Die konstruktive Sockelhöhe darf eine Höhe von 0,30 m über dem Bezugspunkt nicht überschreiten. Das Maß der Sockelhöhe bezieht sich auf den vertikalen Abstand zwischen der Oberkante des Erdgeschossfußbodens (Rohbau) und dem Bezugspunkt Die Oberkante Erdgeschossfußboden (Rohbau) darf jedoch auch nicht unter dem Bezugspunkt liegen.

4. NEBENANLAGEN, GARAGEN UND STELLPLÄTZE (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 BauGB, §§ 12 und 14 BauNVO)

Nebenanlagen, Garagen, offene und überdachte Stellplätze auf Grundstücken an öffentlichen Straßen dürfen zwischen Straßenbegrenzungslinie und der

straßenzugewandten Seite des Hauptgebäudes nicht errichtet werden.

VON DER BEBAUUNG FREIZUHALTENDE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)

Innerhalb der von Bebauung freizuhaltenden Sichtflächen (S) sind ständige Sichtbehinderungen unzulässig. Eine maximale Wuchshöhe von 0,80 m über der Fahrbahnhöhe ist für Hecken und Sträucher zulässig. Zulässig sind einzelne hochstämmige Bäume mit einer Kronenansatzhöhe über 2,50 m. Bei kleinen Sichtflächen entfällt die Randsignatur.

MIT GEH-, FAHR-UND LEITUNGSRECHTEN BELASTETE FLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)

Diese Flächen werden zugunsten der jeweils betroffenen Anlieger und zugunsten der Verund Entsorger festgesetzt.

1.Ä. Im Teilbereich 2 der 1. Änderung ist im Wurzelbereich der nach § 19 NatSchA-G M-V geschützten Linden an der Haffstraße nur eine teilversiegelte Befestigung der Flächen

7. BEDINGTES BAURECHT (§ 9 Abs. 2 BauGB)

7.1 Mit der Errichtung von hechbauliehen Anlagen auf den mit \*1) gekonnzeichneten Flächendarf gemäß § 0 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 BauGB erst begennen werden, wenn durch den
Bauherrn bzw. Verhabenträger die Auenahmegenehmigung der Unteren
Naturschutzbehörde für mögliche Beeinträchtigungen oder Bescitigungen der nach § 18
NatSchAG M-V gesetzlich geschützten Däume vergelegt werden kann. Diese
Ausnahmegenehmigung ist durch den Bauherrn bzw. Verhabenträger der zuständigen
Behörde rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahme verzulegen.

Mit der Errichtung von hochbaulichen Anlagen auf den mit.\*2) gekennzeichn eten Flächen im Teilbereich 2 der 1. Änderung darf gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 BauGB erst begonnen werden, wenn durch den Bauherren bzw. Vorhabenträger die Ausnahmegenehmigung der Unteren Naturschutzbehörde für mögliche Beeinträchtigungen von nach § 19 Abs. 2 NatSchAG M-V gesetzlich geschützten Alleebäumen vorgelegt werden kann bzw. wenn eine andere adäquate Möglichkeit zur verkehrlichen und technischen Erschließung des hinteren Grundstücksteils vorhanden ist. Diese Ausnahmegenehmigung bzw. der Nachweis für eine andere Möglichkeit zur Erschließung ist durch den Bauherren bzw. Vorhabenträger der zuständigen Behörde rechtzeitig vor Beginn von Baumaßnahmen vorzulegen.

—7.3 Mit dem Umbau oder Abriss von Gebäuden darf gemäß § 9 Abs. 2 Nr. 2 Satz 1 BauGB erst begonnen werden, wenn durch den Bauherren/ Verhabenträger Nachweise erbracht wurden, dass die Artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes eingehalten werden. Dieser Nachweis, dass keine Fledermäuse oder Gebäudebrüter verkommen bzw. nicht erheblich besinträchtigt werden, ist durch den Bauherren bzw. Verzuleg en unständigen Behörde rechtzeitig vor Beginn von Baumaßnahmen verzuleg en

FESTSETZUNGEN ÜBER DIE ÄUSSERE GESTALTUNG VON BAULICHEN ANLAGEN (ÖRTLICHE BAUVORSCHRIFTEN) (§ 9 Abs. 4 BauGB i.V. mit § 86 Abs. 1 LBauO M-V)

FASSADEN

Die Fassaden sind als geputzte Wandflächen nur in hellen Farben - cremeweiß, beige oder hellgrau - oder nur als rotes Sichtmauerwerk zulässig.

DÄCHER

Steildächer sind nur mit ziegelroter Harteindeckung zulässig. Flachdächer sind nur bituminös, als Gründächer oder mit Stehfalzblechen herzustellen.

FENSTER

Fenster sind als stehende Rechteckformate vorzusehen. Liegende Formate dürfen verwendet werden, wenn sie durch Pfosten deutlich in stehende Formate unterteilt werden.

WERBEANLAGEN UND VORBAUTEN

An den Fassaden sind die Ansichtsflächen der Eingangsüberdachungen in der horizontalen Projektion senkrecht zur Fassade, Wandvorsprünge, Warenautomaten, Schaukästen und Werbeschilder als vortretende Bauteile nur bis zu einem Quadratmeter und nur im Erdgeschoss zulässig. Die Ansichtsflächen der Überdachungen von Schaufenstem und Toren dürfen davon abweichend auch größer als ein Quadratmeter sein. Ausleger sind nur als filigran gestaltete Innungsschilder zulässig. Balkone und Dachbalkone sind nur auf seitlichen und rückwärtigen Gebäudeteilen erlaubt. Werbeanlagen dürfen Gesimse, Risalite, Fensterfaschen, Stichbögen und Fachwerkbalken nicht überdecken. Sie müssen einen Abstand von 10 cm zu diesen Bauleiten einhalten und dürfen nicht mehr als 10 cm vor die Fassade hervortreten. Leuchtende Werbeanlagen mit wechselndem Licht sind nicht zulässig.

BURGELDVORSCHRIFT

Wer vorsätzlich oder fahrlässig gegen die gestalterischen Festsetzungen unter II.1 bis II.4 verstößt, handelt rechtswidrig im Sinne des § 84 Abs. 1 Nr. 1 LBauO M-V und kann mit Bußgeld geahndet werden.

GRÜNFLÄCHEN, BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON GEWÄSSERN, NUTZUNGSREGELUNGEN UND MAßNAHMEN ZUM SCHUTZ, ZUR PFLEGE UND ZUR ENTWICKLUNG VON NATUR UND LANDSCHAFT (§ 1a Abs. 3 BauGB, § 9 Abs. 1 Nr. 15, 20, 25b BauGB)

GRÜNFLÄCHEN (§ 9 Abs. 1 Nr. 15 BauGB)

1.Ä. 1.1 Die öffentliche Grünfläche mit der Zweckbestimmung "Perkanlage" ist als perkartige Grünfläche zu entwickeln. Die Heretellung von Sport und Spielenlagen sowie teilversiegelten Wegeflächen ist zulässig.

1.Ä. 1.2 Die als private Grünfläche mit Zweckbestimmung "Gartenland" festgesetzten Flächen sind-gärtnerisch zu nutzen. Innerhalb der Flächen sind teilversiegelte Wege- und Platzflächensowie Nebenanlagen in einer maximalen Größe von 50 m², die mit der gärtnerischen-Nutzung in Verbindung stehen, zulässig.

 BINDUNGEN FÜR BEPFLANZUNGEN UND FÜR DIE ERHALTUNG VON BÄUMEN UND STRÄUCHERN UND SONSTIGEN BEPFLANZUNGEN SOWIE VON

Die mit Erhaltungsgeboten festgesetzten Einzelbäume und Gehölzbestände sind dauerhaft zu erhalten und zu pflegen. Gehölze sind bei Abgang artengleich nach zu pflanzen.

IV. NACHRICHTLICHE ÜBERNAHMEN UND HINWEISE (§ 9 Abs. 6 BauGB)

1. UMGANG MIT VORHANDENEN BODENDENKMALEN

Innerhalb des Plangebietes sind nach Auskunft des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege Bodendenkmale vorhanden. Diese sind nachrichtlich in der Planzeichnung dargestellt und mit "BD" gekennzeichnet. Es handelt sich dabei um Bodendenkmale, deren Veränderung oder Beseitigung nach § 7 Denkmalschutzgesetz Mecklenburg-Vorpommem (DSchG M-V) genehmigt werden kann, sofern vor Beginn jeglicher Erdarbeiten die fachliche Bergung und Dokumentation dieser Bodendenkmale sichergestellt wird. Alle durch diese Maßnahmen anfallenden Kosten hat der Verursacher des Eingriffs zu tragen (vgl. § 6 Abs. 5 DSchG M-V). Über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Bergung und Dokumentation der Bodendenkmale ist das Landesamt für Kultur und Denkmalpflege rechtzeitig vor Beginn der Erdarbeiten zu unterrichten. Die zu erteilenden Genehmigungen sind an die Einhaltung dieser Bedingungen gebunden.

VERHALTEN BEI BODENDENKMALFUNDEN

Wenn während der Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 Gesetz zum Schutz und zur Pflege der Denkmale im Lande Mecklenburg-Vorpommern (Denkmalschutzgesetz — DSchG M-V) die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Kultur und Denkmalptlege in unverandertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich sind hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundeigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der

ANZEIGE DES BAUBEGINNS BEI ERDARBEITEN

Der Beginn der Erdarbeiten ist der unteren Denkmalschutzbehörde zwei Wochen vor Termin schriftlich und verbindlich mitzuteilen, um zu gewährleisten, dass Mitarbeiter oder Beauftragte des Landesamtes für Kultur und Denkmalpflege bei den Erdarbeiten zugegen sein können und eventuell auftretende Funde gemäß DSchG Mecklenburg-Vorpommern unverzüglich bergen und dokumentieren können. Dadurch werden Verzögerungen der Baumaßnahmen vermieden.

VERHALTEN BEI AUFFÄLLIGEN BODENVERFÄRBUNGEN bzw. BEI FUNDEN

Sollten während der Erdarbeiten Hinweise auf Altlasten oder altlastverdächtige Flächen, wie auffallender Geruch, anormale Färbung, Austritt von kontaminierten Flüssigkeiten, Ausgasungen oder Reste alter Ablagerungen (Hausmüll, gewerbliche Abfälle usw.) angetroffen werden, ist der Grundstücksbesitzer als Abfallbesitzer zur ordnungsgemäßen Entsorgung des belasteten Bodenaushubs oder Bauabfalls nach § 10 Kreislaufwirtschaftsund Abfallgesetz (KrW-AbfG) verpflichtet. Er unterliegt der Nachweispflicht nach § 42 KrW-

5. MUNITIONSFUND

Erkenntnisse über eine mögliche Belastung mit Kampfmitteln liegen aufgrund der Erkenntnisse auf der Ebene der Erstellung des Flächennutzungsplanes der Stadt Ostseebad Rerik nicht vor. Es ist jedoch nicht auszuschließen, dass innerhalb eines als nichtkampfmittelbelastet bekannten Bereiches Einzelfunde auftreten können. Aus diesem Grunde sind Tiefbauarbeiten mit entsprechender Vorsicht durchzuführen. Sollten bei diesen Arbeiten kampfmittelverdächtige Gegenstände oder Munition gefunden werden, sind aus Sicherheitsgründen die Arbeiten an der Fundstelle und der unmittelbaren Umgebung sofort einzustellen und der Munitionsbergungsdienst ist zu benachrichtigen. Nötigenfalls ist die Polizei oder Ordnungsbehörde hinzuzuziehen.
Wer Kampfmittel entdeckt, in Besitz hat oder Kenntnis von Lagerstellen derartiger Mittel erhält, ist nach § 5 Kampfmittelverordnung verpflichtet dies unverzüglich den örtlichen Ordnungsbehörden anzuzeigen.

6. FESTPUNKTE DES AMTLICH GEODÄTISCHEN GRUNDLAGENNETZES DES LANDES MECKLENBURG-VORPOMMERN

Das Landesamt für innere Verwaltung Mecklenburg-Vorpommern, Amt für Geoinformation, Vermessungs- und Katasterwesen hat in seiner Stellungnahme mitgeteilt, das innerhalb des Plangebietes ein Festpunkt vorhanden ist. Dieser ist nachrichtlich in der Planzeichnung dargestellt. In der Örtlichkeit sind die Festpunkte durch entsprechende Vermessungsmarken gekennzeichnet. Lagefestpunkte haben im Umgebungsbereich bis zu 25 m wichtige unterirdische Festpunkte, über die bei Bedarf eine gesonderte Information erfolgt. Vermessungsmarken sind nach § 7 des Gesetzes über die Landesvermessung und das Liegenschaftskataster des Landes Mecklenburg-Vorpommern – Vermessungs- und Katastergesetz (VermKatG) geschützt.

7. ABFALL UND KREISLAUFWIRTSCHAFT

Alle Baumaßnahmen sind so vorzubereiten und durchzuführen, dass von den Baustellen als auch von den fertiggestellten Objekten eine vollständige und geordnete Abfallentsorgung entsprechend der Abfallsatzung des Landkreises erfolgen kann. Der Grundstücksbesitzer ist als Abfallbesitzer nach §§ 10 und 11 Krw-/AbfG zur ordnungsgemäßen Entsorgung belasteten Bodenaushubs verpflichtet. Abfälle (verunreinigter Erdaushub bzw. Bauschutt), die nicht verwertet werden können, sind entsprechend §§ 10 und 11 KrW-/AbfG durch einen zugelassenen Beförderer in einer Abfallbeseitigungsanlage zu entsorgen. Unbelastete Bauabfälle dürfen gemäß § 18 AbfAlG M-V nicht auf Deponien abgelagert werden. Sie sind wieder zu verwerten.

8. BODENSCHU

Werden schädliche Bodenveränderungen oder Altasten im Sinne des Bundesbodenschutzgesetzes (BBodSchG) festgestellt, sind mit der zuständigen Behörde, Staatliches Amt für Landwirtschaft und Umwelt Mittleres Mecklenburg, gemäß § 13 BBodSchG die notwendigen Maßnahmen abzustimmen (Sanierungsuntersuchung, Sanierungsplanung, Sanierung bzw. Sicherung). Bei der Erfüllung dieser Pflichten ist die planungsrechtlich zulässige Nutzung der Grundstücke und das sich daraus ergebende Schutzbedürfnis zu beachten, soweit dieses mit den Bodenfunktionen nach § 2 Abs. 2 BBodSchG zu vereinbaren ist. Für jede Maßnahme, die auf den Boden einwirkt, hat der Verursacher die entsprechende Vorsorge zu treffen, dass schädliche Bodenveränderungen nicht hervorgerufen werden. Bodeneinwirkungen sind zu vermeiden bzw. zu vermindern, soweit das im Rahmen der Baumaßnahmen verhältnismäßig ist. Bei der Sicherung von schädlichen Bodenveränderungen ist zu gewährleisten, dass durch die verbleibenden Schadstoffe keine Gefahr oder erhebliche, nachteilige Belastung für den Einzelnen oder die Allgemeinheit entstehen. Im Falle einer Sanierung muss der Verursacher dafür sorgen, dass die Vorbelastungen des Bodens bzw. die Altiasten soweit entfernt werden, dass die für den jeweiligen Standort zulässigen Nutzungsmöglichkeiten wieder hergestellt werden. Diese Hinweise werden allgemeingültig dargestellt, da bisher für den Standort keine Altlasten bekannt sind. Es handelt sich lediglich um einen vorsorglichen Hinweis.

9. ARTENSCHUTZRECHTLICHE BELANGE

2.1 Zum Schutz potentiell vorkommender, besonders geschützter Arten während der Brut- und Aufzuchtszeit, ist der Beginn der Bautätigkeiten (Beseitigung der obersten Vegetationsschicht, Beseitigung von Gehölzen) nur außerhalb der Brutzeit, im Zeitraum zwischen 1. Oktober und 1. März zulässig.
Ein Beginn der Bautätigkeiten außerhalb dieser Zeit bedarf gesonderter Nachweise, dass die Artenschutzrechtlichen Bestimmungen des § 44 des Bundesnaturschutzgesetzes eing ehalten werden. Dieser Nachweis, dass keine besonders geschützten Brutvögel vorkommen bzw. erheblich beeinträchtigt werden, ist durch den Bauherren/ Vorhabenträger der zuständigen Behörde rechtzeitig vor Beginn der Baumaßnahmen vorzulegen.

1.Ä. 9.2 Zum Schutz der Fledermäuse und Gebäudebrüter wird ein Bedingtes Baurecht gemäß § 9-Abs. 2 BauGB festgesetzt (siehe Festsetzung unter I.7.3.).

VERFAHRENSVERMERKE

2. Die Stadtvertretung hat am 26.5 2011 den Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 im vereinfachten Verfahren nach § 13 Bau GB und die dazugehörige Begründung gebilligt und zur Auslegung bestimmt.

Ostseebad Rerik, den CB CH 2013

(Siegel)

Burgermeister

3. Die von der Planung berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind mit Schreiben vom 16. 11. 2012. zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert worden.

Ostseebad Rerik, den OB. 09. 2013

4. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsprenes Nr. 18, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), den örtlichen Bauvorschriften über die Gestaltung baulicher Anlagen sowie die Begründung haben in der Zeit vom 12.11. bis zum 13.11. während der Dienststunden nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausgelegen. Die öffentliche Auslegung ist mit dem Hinweis, dass Stellungnahmen während der Auslegungsfrist von jedermann schriftlich oder zur Niederschrift vorgebracht werden

können und dass nicht fristgemäß abgegebene Stellungnahmen bei der Beschlussfassung über den Bebauungsplan nach § 4a Abs. 6 BauGB unberücksichtigt bleiben können, wenn die Stadt deren Inhalt nicht kannte und nicht hätte kennen müssen und deren Inhalt für die Rechtmäßigkeit des Bebauungsplanes nicht von Bedeutung ist, durch Veröffentlichung im Aushang the Zauken Auflich ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung der Öffentlichkeits beteiligung wurde darauf hingewiesen, dass von der Durchführung einer Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB im vereinfachten Verfahren nach § 13 Abs. 3 BauGB abgesehen wird und dass bei Aufstellung eines Bebauungsplanes ein Antrag nach § 47 der Verwaltungsgerichtsordnung unzulässig ist, wenn mit ihm Einwendungen geltend gemacht werden, die vom Antragsteller im Rahmen der Auslegung nicht oder verspätet geltend gemacht wurden, aber hätten geltend gemacht, werden können. Die berührten Behörden wurde über die Öffentlichkeitsbeteiligung unterziehtet Die berührten Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden von der Auslegung unterziehtet.

Ostseebad Rerik, den OS Of 2013

6. Die Stadtvertretung hat die fristgemäß abgegebenen Stellungnahmen der Öffentlichkeit sowie die Stellungnahmen der Behörden und sonstigen Frager öffentlicher Belange sowie die Nachbargemeinden am 24.04.26/3geprüft. Das Ergebnis ist mitgeteilt worden.

der Stadtvertretung als Satzung beschlossen. Die Begründung zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 18 wurde mit Beschluss der Stadtvertretung von 1266. 23. gebilligt

Ostseebad Rerik, den 26.04.2013

Siegel)

Burgermeister

8. Die Bebauungsplansatzung bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B) und den örtlicher Bauvorschriften über die äußere Gestaltung baulicher Anlagen wird hiermit ausgefertigt.

Ostseebad Rerik, den 12. Ok 2013

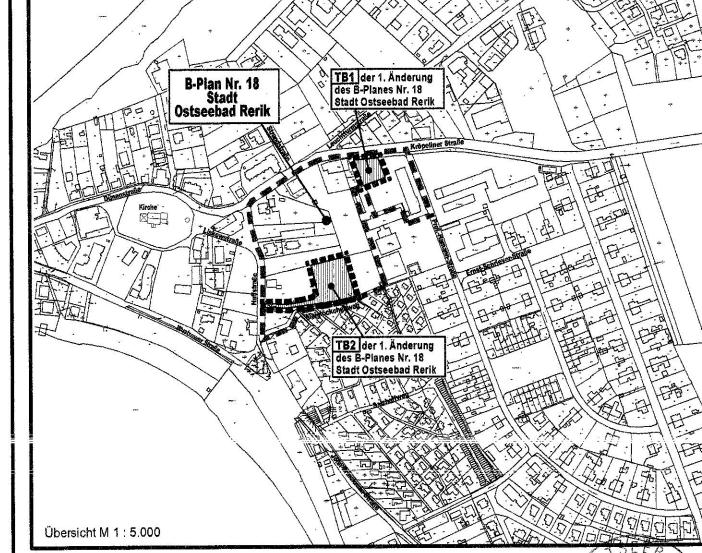
9. Die Satzung über die 1. Änderung des Bebautungsplanes Nr. 18 sowie die Stelle, bei der der Plan auf Dauer während der Dienststunden von jedermann eingesehen werden kann und über der Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind durch Veröffentlichung im Beult Begand am C3. 06, 2013. ortsüblich bekanntgemacht worden. In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie die Rechtsfolgen (§ 215 Abs. 2 BauGB) und weiter auf Fälligkeiten und Erlöschen von Entschädigungsansprüchen (§ 44 BauGB) und auf die Bestimmungen des § 5 Abs. 5 Kommunalverfassung für das Land Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) vom 13. Juli 2011, verkündet als Artikel 1 des Gesetzes über die Kommunalverfassung und zur Änderung weiterer kommunairechtlicher Vorschriften vom 13. Juli 2011 (GVOB). M-V S. 777) hingewiesen worden. Die Satzung ist mit Ablauf des Tages der Bekanntmachung am

Ostseebad Rerik, den 24.06.2013

SATZUNG

ÜBER DIE 1. ÄNDERUNG DES BEBAUUNGSPLANES NR. 18 DER STADT OSTSEEBAD RERIK FÜR DEN BEREICH "HAFFSTRAßE"

EINFACHER BEBAUUNGSPLAN NACH § 30 Abs. 3 BauGB, IM VEREINFACHTEN VERFAHREN NACH §13 BauGB



Planungsbüro Mahnel
Rudolf-Breitscheid-Streße 11 Tel. 03881/7105-0
23936 Grevesmühlen Fax 03881/7105-50

Planungsstand: 04. April 2018 SATZUNG